

# EIN JAHR NACH DER ANGRIFFE GEGEN GAZA: KRIEGSVORBRECHEN SIND KRIEGSVORBRECHEN

Die Ermittlungskommission der UNO berichtete, sie habe überzeugende Belege dafür, dass Israel Anfang 2009 während des dreiwöchigen Angriffs auf Gaza Zivilisten bestraft und terrorisiert habe und dabei zahlreiche ernste Verstöße gegen internationales Recht begangen habe, sowohl gegen das Völkerrecht als auch gegen die Menschenrechte. Mehr als 1400 Palästinenser – rund ein Drittel davon Frauen und Kinder – wurden getötet, über 5000 verletzt, mehr als 20 000 wurden obdachlos.

Leiter der UNO-Kommission war Richter Richard Goldstone. Dieser war in Südafrika Vorsitzender der Kommission zur Aufarbeitung von staatlichen Gewaltakten während der Apartheid; danach wirkte er als Hauptankläger für die internationalen Tribunale zu Menschenrechtsverletzungen in Jugoslawien und in Ruanda. Damit setzte er Maßstäbe in der Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Trotzdem verweigerte Israel die Zusammenarbeit mit ihm und seiner Ermittlungskommission.

Am 5. 11. 2009 stimmten 114 Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Annahme des Goldstone-Berichtes und forderten Israel und die palästinensische Autonomiebehörde auf, in den nächsten drei Monaten Untersuchungen über jeweils von ihrer Seite begangene Menschenrechtsverletzungen während des Gazakrieges aufzunehmen. 18 Länder stimmten dagegen – darunter auch die Bundesrepublik. Deutschlands Regierung hilt den Goldstone-Bericht für „nicht ausgewogen“.

**Als ob sich Menschenrechte „auswiegen“ lassen.**

Hintergrund der deutschen Haltung ist offenbar, dass der europäische Nationalismus im 20. Jahrhundert, insbesondere der Rassenwahn Nazi-Deutschlands, das europäische Judentum vertrieben und ausgelöscht hat. Die dadurch ausgelöste jüdische Einwanderung nach Palästina/Israel ging aber zu Lasten der dort einheimischen Bevölkerung. Diese wurde und wird vertrieben, enteignet und diskriminiert. **Die deutsche Regierung stellt sich in diesem Konflikt gegenwärtig bedingungslos auf die Seite Israels. Dies geschieht auf Kosten der Menschenrechte und ist daher falsch und unmoralisch. Es wird auch nicht dadurch besser, dass dies aus schlechtem Gewissen geschieht.**

Die Bundesregierung sollte die anderen EU-Länder nicht länger blockieren, gegenüber Israel die gleiche Linie des „Fordern und Fördern“ zu verfolgen wie gegenüber Serbien, der Türkei und Weißrussland.

Die Wahrheit über Israels Attacke gegen Gaza wird sich auch in Deutschland nicht unter den Tisch kehren lassen. Der vollständige Goldstone-Bericht in deutscher Sprache wird ab Januar im Buchhandel erhältlich sein.

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V., Mitgliedsverband der European Jews for a Just Peace,  
www.juedische-stimme.de. Verantwortlich i. S. d. P.: Prof. Dr. Rolf Verleger, Lübeck

Diese Anzeige wurde zu ca. 50% von Spenden vorfinanziert. Sie können unsere Arbeit unterstützen: Jüdische Stimme,  
Stichwort „Judentum 2010“, Bank für Sozialwirtschaft Berlin, Konto-Nr. 1 053 200, BLZ 100 205 00.